

Elisabeth Jeggle

Ihre Stimme in Europa



Infobrief aus Straßburg 15. - 19. April 2013

Ampelsystem für EU-Fördergelder aus Strukturfonds

Fördergelder der europäischen Regionalfonds müssen wie die Mittel für die Ländliche Entwicklung in Zukunft genauer und vor allem direkt von der Europäischen Kommission kontrolliert werden. Deshalb stimmte das Europäische Parlament am gestrigen Mittwoch für mehr Befugnisse der EU-Kommission, um künftig eine schnellere und effizientere Kontrolle hinsichtlich der Verwendung von EU-Fördermitteln zu erreichen.

Hierzu soll ein Ampelsystem eingeführt werden, womit Unregelmäßigkeiten aufgedeckt und Sanktionen verhängt werden sollen. Mit dieser klaren Verteilung der Kompetenzen kann die Kommission nun nicht mehr die Mitgliedstaaten für eine mangelhafte Überwachung verantwortlich machen, sondern ist von nun an selbst für die ordnungsgemäße Vergabe und Kontrolle der Fördergelder zuständig.

Ich bin keineswegs dafür, alle möglichen Kompetenzen nach Brüssel zu verschieben. Jeder der mich kennt, weiß, wie sehr ich auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips poche. Aber in diesem Fall sollte die Kontrolle bei der Stelle angesiedelt sein, die die Gelder vergibt.

Kein Zweifel am Fortbestand der Währungsunion



Am Mittwoch fand eine Debatte zu den Finanzhilfen für Zypern statt. Nach der Entscheidung der Eurogruppe vom 12. April für ein Rettungspaket für Zypern, um das Land so in der Eurozone zu halten, sprach sich heute auch der Deutsche Bundestag als ein Teil der Eurogruppe für das Rettungspaket aus. Damit demonstrierte Europa seine Entschlossenheit, keinen Zweifel am Fortbestand der Währungsunion aufkommen zu lassen. Mit

dem jetzigen Plan werden nicht unschuldige Kleinanleger, sondern die Verursacher der Krise in Form der Großanleger zur Finanzierung des Rettungsplans herangezogen. Für Guthaben bis 100.000 Euro gibt es einen Freibetrag.

Das bisherige Geschäftsmodell Zyperns war zum Scheitern verurteilt. Einen Bankensektor, dessen Bilanzvolumen ein Siebenfaches der nationalen Wirtschaftsleistung beträgt, kann sich kein Land leisten. Dennoch ist es gut, dass wir

mit unseren finanziellen Garantien ein Signal der Solidarität aussenden. Denn es beweist, dass Europa auch in schweren Zeiten zusammensteht und in der Lage ist, gemeinsame und vor allem zukunftsfähige Lösungen zu finden. Außerdem hat die Zypernrettung zunächst keine direkten Folgen für den deutschen Steuerzahler. Nun muss Zypern seine Hausaufgaben machen und wir sollten dem Land mit Rat und Tat zur Seite stehen. Zusätzliche Informationen finden Sie [hier](#).

Rede des Präsidenten der Republik Irland

Am gestrigen Mittwoch sprach der Präsident der Republik Irland, Michael Higgins, im Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg. In seiner Rede betonte er die Wichtigkeit, sich auf unsere europäischen Werte zurückzubedenken. Gerade in schwierigen Zeiten ist es wichtig die Einheit Europas zu wahren. Die Europäische Union sei kein rein ökonomischer Verbund, in dem nur wirtschaftliche Interessen geteilt würden. Deshalb müsse die politische Union weiter entwickelt werden, um Frieden, Wohlstand und Generationengerechtigkeit zu gewährleisten. Auch ich sehe aktuell eine



gefährliche Entwicklung in Europa. Die Wirtschaftskrise führt zu Spannungen zwischen den Ländern. Statt der ewigen Diskussionen um ein Herausdrängen bestimmter Länder aus der Eurozone, brauchen wir Ansätze, wie wir unsere Probleme gemeinsam lösen können. Hier sollten wir uns der Vielfalt an Kulturen und Ideen bedienen, um diese für unsere gemeinsamen Ziele zu nutzen. Klar ist, es gibt keine Alternative zu einem gemeinsamen Europa! Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

Mangelnder Reformwille der Türkei

Am heutigen Donnerstag wurde der Fortschrittsbericht zur Türkei angenommen, wengleich ich selbst dagegen gestimmt habe. Die Abgeordneten kritisierten zwar den mangelnden Reformwillen der Türkei, der Bericht ist meiner Meinung nach aber dennoch zu positiv ausgefallen. Die CDU/CSU-Gruppe innerhalb der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) sieht die Entwicklungen in Sachen Türkeibeitritt im Übrigen noch kritischer als die EVP selbst.

Die wirtschaftlichen Fortschritte täuschen nicht über die großen Mängel beim Rechtssystem und bei der Achtung von Bürger- und Minderheitenrechten hinweg. Hier ist man meilenweit von europäischen Standards entfernt. Die Türkei hat die weltweit höchste Anzahl inhaftierter Journalisten, transparente Gesetzgebungsprozesse fehlen und die umfangreiche Anwendung der Anti-Terrorgesetze verstößt gegen fundamentale Bürgerrechte. Ebenso ist die Kurdenfrage noch immer nicht geklärt. Ein weiteres grundlegendes Problem ist zudem die Nichtanerkennung Zyperns durch die türkische Regierung.

Trotz aller Kritik sprachen sich einige Abgeordnete für die Öffnung weiterer Verhandlungskapitel aus. Hier bin ich entschieden dagegen, da ich einen solchen Schritt aufgrund der mangelnden Fortschritte der Türkei für verfrüht halte. Und ich höre nicht auf zu betonen: Bevor wir der Türkei weitere Hoffnungen machen, müssen wir uns darüber im Klaren werden, wie groß Europa werden soll und wo seine geographischen und kulturellen Grenzen liegen sollen!

Dennoch dürfen wir nicht vergessen, wie wichtig die Türkei als geostrategischer Partner für die EU ist. Gerade deshalb müssen wir ehrlich mit den Menschen umgehen und gute nachbarschaftliche Beziehungen pflegen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kroatien ab Juli 2013 Mitglied der EU

Auch die bevorstehende Aufnahme Kroatiens bereitet mir Sorge. Deshalb haben wir baden-württembergischen CDU-Europaabgeordneten uns bei der heutigen Abstimmung zu Kroatien unserer Stimme enthalten, wohl wissend, dass dies keinen Einfluss auf die geplante Aufnahme Kroatiens als 28. EU-Mitgliedsland haben wird.

Zweifelsohne ist Kroatien im Beitrittsprozess heute schon weiter, als es manch andere EU-Mitgliedstaat beim Beitritt war. Daher unterstütze ich eine Mitgliedschaft Kroatiens in der Europäischen Union durchaus. Sowohl unsere mittelständischen Unternehmen in Baden-Württemberg als auch die Menschen in Kroatien haben große Erwartungen an eine solche Mitgliedschaft. Diese können jedoch nur erfüllt werden, wenn sowohl Kroatien als auch die EU wirklich reif sind für einen Beitritt.

In der aktuellen Lage wäre es meiner Meinung nach konstruktiver, wenn sich die EU zuerst wieder innerhalb ihrer Grenzen stabilisieren würde. In einem folgenden Schritt können wir über neue Mitgliedstaaten nachdenken. Für mich geht Genauigkeit vor Schnelligkeit und eine verlässliche Umsetzung vor Versprechungen. Alte Fehler dürfen nicht wiederholt werden. Alles andere dient weder der Europäischen Union, noch Kroatien und seinen Menschen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



*mit herzlichen Grüßen
Elisabeth Jeggler*

**Elisabeth Jeggler,
Mitglied des Europäischen Parlaments**

Elisabeth Jeggler MdEP

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Anschrift Europäisches Parlament

Europäisches Parlament
Rue Wiertz – ASP 10E 209
B-1047 Brüssel

Tel. 0032 - 2 - 284 5351

Fax 0032 - 2 - 284 9351

elisabeth.jeggler@europarl.europa.eu

Anschrift Europabüro

Elisabeth Jeggler
Bahnhofstr. 8
D-88250 Weingarten

Tel. 0751 - 560 92 530

Fax 0751 - 560 92 550

kontakt@euroeggler.de